Track #10 --- EU-Kritik

In der EU-Konstruktion dominierte von Anfang an das Primat der Wirtschaft über die Willensbildung/Mitbestimmung der Bevölkerung

a) Die einzige demokratisch legitimierte EU-Institution (EU-Parlament) ist stark eingeschränkt

a.1) Der Ursprung – die Montanunion[1] (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; EGKS)

Die Ursache ist in der Geschichte zu sehen. Der Ursprung war die Stahl- und Montanunion zwischen Frankreich, den Benelux-Ländern und Deutschland, der 1952 in Kraft trat. Die gegenseitige Überwachung der jeweiligen länderspezifischen Eisen- und Stahlproduktion sollte das Mißtrauen vor heimlichen Aufrüstung abbauen.

Die Montanunion gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Eine besondere Neuheit war die Gründung einer Hohen Behörde, die im Bereich der Montanindustrie, also der Kohle- und Stahlproduktion, gemeinsame Regelungen für alle Mitgliedstaaten treffen konnte. Die EGKS war damit die erste supranationale Organisation überhaupt; anfangs wurde ihr supranationaler Charakter (dt. Fassung: „überstaatlicher“ Charakter) ausdrücklich in Artikel 9 des EGKS-Vertrages vom 18. April 1951 erwähnt.[2]

Das Hauptziel für den französischen Außenminister Schumann (einen der Initiatoren) war einerseits gegenseitige Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl, andererseits den Einsatz dieser entscheidenden Produktionsfaktoren für den gemeinsamen Aufbau aller teilnehmenden Länder.

Organisatorisch wurde der EGKS von einer „Hohen Behörde“ unter Leitung eines Präsidenten geleitet mit exekutiver und legislativer Gewalt. Es wird in der EU-Geschichtsschreibung als Vorläufer der Kommission gesehen.
Es gab ein Beratungsgremium aus ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnen-Vertretern, das als Vorläufer des „Wirtschafts- und Sozialausschuß“ verstanden wird.
Die Ressortminister traten als „besonderer Rat“ zusammen. 78 Parlamentarier der beteiligten Länder bildeten die „Gemeinsame Versammlung“, die aber nur Kontrollrechte hatte und als Voräufer des EU-Parlamentes gesehen wird.[3]

a.2) Erweiterung durch Verträge von Rom[4]

1958 erweiterten die römischen Verträge die Montanunion um den EURATOM-Vertrag[5] und den EWG-Vertrag und es gab ein neues Mitglied: Italien.

Im Euratom-Vertrag ging es „..., durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den

1 *[in WIKI_MONTANUNION]*
2 *[in WIKI_MONTANUNION]*
3 *[in WIKI_MONTANUNION; WIKI_MONTANUNION_EN]*
4 *[in WIKI_ROEMISCHE_VERTRAEGE]*
5 *[in WIKI_EURATOM]*

Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.“[6]
De facto hieß dies, Förderung der Atomkraftwerke, um genug radioaktives Material für Atombomben zu erhalten. Anders ist es auch nicht zu erklären, daß die Unterschrift dieses Vertrages bis heute eine der Voraussetzungen für einen EU-Beitritt ist, aber nicht Teil des EU-Vertragswerkes.

Organisatorisch wurde EURATOM von einer eigenen Kommission geleitet. Der Ministerrat hatte nur Anhörungs- und Mitwirkungsrechte.[7]

Im EWG-Vertrag[8] ging um die Vereinheitlichung eines gemeinsamen Marktes mit folgenden Hauptpunkten:

- durch Abschaffung von Kontingentierungen (mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen) und Zollschranken,
- durch freien Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr,
- durch eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten und
- durch die Schaffung europäischer Institutionen.

Organisatorisch war die legislative Gewalt der EWG-Verträge bei den Ministerräten, während die Exekutive Gewalt bei der Europäischen Kommission lag.[9]

Es gab bei beiden Verträgen eine parlamentarische „Versammlung“, die von den Parlamenten der beteiligten Länder delegiert wurden und nur beratende Funktionen hatten.[10]

a.3) Der Fusionsvertrag von 1967[11]

„Der EG-Fusionsvertrag (offiziell Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, selten auch Vertrag von Brüssel) führte zur Einsetzung einer gemeinsamen Kommission und eines gemeinsamen Rates der damals drei Europäischen Gemeinschaften (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Europäische Atomgemeinschaft). Der Fusionsvertrag[1] wurde am 8. April 1965 in Brüssel unterzeichnet und trat am 1. Juli 1967 in Kraft. .. Mit dem Fusionsvertrag wurden zum einen der Besondere Ministerrat (EGKS) und die zwei Ministerräte (EWG, Euratom) sowie zum anderen die Hohe Behörde (EGKS) und die zwei Kommissionen (EWG, Euratom) jeweils zusammengeführt. Auf diese Weise wurde die Verschmelzung der Gemeinschaftsorgane vollendet.“[12]

Seither ist die EU-Kommission auch für die EURATOM-Verträge zuständig.

a.4) Vertrag von Maastricht[13] - Weichenstellung ohne Mitsprache der Allgemeinheit

Dieser Vertrag war ein sehr großer Schritt in Richtung Unionsstaat. Im wesentlichen formulierte er die Schritte zur Umsetzung einer Wirtschafts- und Währungsunion, sowie zu einer gemeinsamen

---

6 *[in WIKI_EURATOM]*
7 *[in EU_STRUKTURWANDEL, S. 1]*
8 *[in WIKI_EWG]*
9 *[in EU_STRUKTURWANDEL, S. 1]*
10 *[in EU_STRUKTURWANDEL, S. 1]*
11 *[in WIKI_EG_FUSIONSVERTRAG]*
12 *[in WIKI_EG_FUSIONSVERTRAG]*
13 *[in WIKI_MAASTRICHT]*

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), sowie einer Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Innenpolitik.
Die legislative Gewalt in der Gemeinschaft lag weiterhin bei den einzelnen Ministerräten. Unterstützt wurden sie in der Gestaltung von „Expertenräten“.

Das Europäische Parlament bekam zwar Mitentscheidungsrechte, nicht aber in den wichtigen Bereichen der zukünftigen Gestaltung der Gemeinschaft:

- weder bei der Vorbereitung und Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion
- noch bei der Definierung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
- noch bei Gestaltung der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres

Während also das Parlament bei der Gestaltung nicht mitbestimmen durfte, galt dies nicht für Interessensverbände.
In den 80er Jahren haben sich große europäische Konzerne im European Round Table (ERT) zusammengetan. Sie haben die Erstellung eines europäischen Binnenmarktes gefordert, aus Angst, nicht mehr mit den amerikanischen Konzernen mithalten zu können. Der ERT hat es geschafft, daß seine Vertreter als Experten in jenen Gremien mit dabei gewesen sind, welche die Grundlagen und Rahmenbedingungen für den Binnenmarkt und die politische Union festlegten. Viele europäische Projekte (z.B.: TEN, Transeuropäische Netze) sind 1:1 von den ERT-Vorgaben übernommen worden.[14]

a.5) Maastricht: neoliberales Wirtschaftskonzept mit politischen Auswirkungen

Damals entstand ein Übel, das bis heute ein Problem in der EU ist. In den Beratungsgremien überwiegen die „Experten“ der Wirtschaftsinteressen. Das führte dazu, daß das Europäische Parlament 2014 erstmals Gelder für diese „Expertengruppen“ eingefroren haben. Mit dem Wunsch diese Gruppen endlich ausgewogen zu besetzen.[15]

Dadurch daß nur eine kleine Gruppe an Personen in die Weichenstellung eingebunden war, wurde damals eine große Chance vertan.
Einerseits hätte man die Bevölkerung in die Gestaltung der Struktur einbeziehen können, man hätte sich mit zukünftigen Gesellschaftsformen beschäftigen können. Andererseits hätte man sich fragen können, wie eine europäische Binnenwirtschaft aussehen soll (z.B.: kleinläufig, regional, ökologisch, ...) ?
Stattdessen ist ein neoliberales Wirtschaftsmodell gewählt worden mit „Größer ist Besser“ und „Quantität statt Qualität“.

Jedenfalls hat dies dazu geführt, daß der Binnenmarkt durch die 4 Freiheiten (Freier Warenverkehr, freier Personenverkehr, Niederlassungsfreiheit und Freiheit des Kapital- und Zinsverkehrs) definiert ist, während die Themen im Sozial-, Ökologie- und Grundrechtsbereich teilweise nur unverbindliche Absichtserklärungen sind.[16]
Die Sozial-, Ökologie- und Grundrechtsbereiche sind zwar offiziell Sache der einzelnen Staaten, ihre Entscheidungen dürfen aber de facto nicht die 4 Freiheiten einschränken.

Letztendlich widerspiegelt die Wirtschafts- und Währungsunion die neoliberale Wirtschaftsrichtung.[17] Diese hat das Selbstverständnis alle Bereiche des Lebens und der Wirtschaft

14 *[in WIKI_ERT]*
15 *[in OEGB_EP_EXPERTEN]*
16 *[in WIKI_WAEHRUNGSUNION]*
17 *[in WIKI_NEOLIBERALISMUS]*

den Profitgesetzen zu übergeben und ist mittlerweile in alle Aspekte von Gesellschaft und Politik vorgedrungen.

Der Öffentlichkeit wird dies als völlig unpolitischer, rein handelstechnische Vorgang präsentiert, der natürlich absolute geheim stattfinden muß, damit man nicht übervorteilt wird. Ein rein technokratischer Vorgang, der von „Experten“ der Wirtschaft ausgehandelt werden kann. Die Politik braucht davon keine Notiz zu nehmen.

Das ist gelebter Neoliberalismus. Die WirtschaftsvertreterInnen arbeiten Verträge mit weitreichenden politischen Auswirkungen aus und die professionellen PolitikerInnen nehmen keine Notiz davon, bzw. akzeptieren es kommentarlos.

a.6) Vertrag von Lissabon: Mehr vom Gleichen[18]

Der Vertrag von Lissabon trat 2009 in Kraft. Damit wurde das EU-Parlament zwar aufgewertet, es bekam erstmals Mitbestimmungsrechte in der Gesetzgebung. Es hat aber im Gegensatz zu normalen Parlamenten folgende Einschränkungen:[19]

- Es darf keine eigenen Gesetzesanträge einbringen
- Gesetze werden gemeinsam mit EU-Rat oder den zuständigen EU-Ministerräten beschlossen. Die alleinige Zustimmung vom EU-Parlament reicht nicht
- Das EU-Parlament darf bei der Zusammenarbeit der Justiz- und Polizei nicht mitreden (z.B.: Überwachung der Bürger, der Geheimdienste, ...)
- Das EU-Parlament teilt sich die Budgethoheit mit dem Rat der Staatschefs. Nur gemeinsam können die Geldzuteilungen beschlossen werden. Während sich weltweit die „selbständigen“ Parlamente dadurch auszeichnen, daß sie die Budgethoheit haben
  - (, allerdings nicht mehr im EURO-Raum, wo zuerst die EU-Kommission den Segen zum Budgetenwurf geben muß).
- Es darf auch bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht mitreden (ob und wo interveniert wird, welche Punkte bei Handelsverträgen enthalten sein sollen, ...)
  - Ausnahme: Das EU-Parlament darf bei Handelsverträgen am Ende entscheiden, ob es zustimmt oder ablehnt.

Wir haben also ein Parlament, daß in der Außen-, in der Sicherheitspolitik (innen und außen), im Justizbereich nicht mitreden darf. Und das Budget kann nur gemeinsam mit dem Rat der Staatschefs verabschieden werden.

Da hatten die beiden Reichshälften in der Donaumonarchie nach dem Ausgleich 1867 mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Denn dort waren nur Außen-, Militär- und Finanzministerium als gemeinsam definiert und in der Oberhoheit der Gesamtregierung. Alle anderen Ministerien gab es nur in der jeweiligen Reichshälfte.[20]
Das heißt jene Bereiche, die man damals in Österreich als so wichtig ansah, daß sie ein Gesamtstaat braucht, sind genau jene Bereiche, in denen das EU-Parlament nicht mitreden darf.

Selbst diese Einschränkungen des EU-Parlamentes sind EU-Kommission und EU-Rat noch zuviel Diskussion und Demokratie gewesen. Daher wurden die Entscheidungen zum Austeritätskurs

18 *[in WIKI_VERTRAG_LISSABON]*
19 *[in VOEGB_EU S. 17, S. 31-45, S. 45-52, S. 53-59; WIKI_EP; WIKI_VETRAG_LISSABON; WIKI_RECHTSETZUNG_EU]*
20 *[in WIKI_KUK_MINISTERIEN]*

(Fiskalpakt[21], Sixpack[22], TwoPack, Europäisches Semester[23], ...) nicht als Richtlinien und/oder Verordnungen umgesetzt. Diese Themen wurden als bilaterale internationale Verträge zwischen EU-Kommission und den einzelnen Staaten umgesetzt. So konnte jede öffentliche und parlamentarische Diskussion vermieden werden.
Ein (erwünschter ?) Nebeneffekt dieser Verträge ist, daß die Parlamente der EURO-Staaten mittlerweile ihre Budgethoheit eingebüßt haben. Denn bevor sie darüber beraten, müssen die Budgets von der EU-Kommission genehmigt werden (Europäisches Semester). Nur wenn diese ihren Sanktus gibt, kann im Falle von Finanzierungsproblemen mit Geld aus ESMF oder EZB gerechnet werden.[24]

Was passiert, wenn eine Regierung eine andere Meinung hat, kann gerade an Griechenland beobachtet werden. Dort wollte die Syriza Regierung nicht mehr die Wirtschaft totsparen, sondern mit Investionen ankurbeln, um damit die Schulden zu zahlen. Weder die EU-Kommission, noch die EZB, noch die EURO-Finanzminister hatten daran ein Interesse.[25] Und das EU-Parlament hat da sowieso nichts mitzureden.

Wie eine Drohung klingt In diesem Zusammenhang der Wunsch von Kommissionspräsident Juncker und EU-Parlamentspräsident Schulz nach einer Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion.[26]

Interessant ist in diesem Zusammenhang die neue Möglichkeit der EU-weiten Bürgerinitiative.[27]
Der Teufel steckt auch hier im Detail.
Denn bevor die Initiative EU-weit loslegen kann, muß sie sich registrieren lassen. Darüber entscheidet die EU-Kommission und sie kann die Initiativen durchaus ablehnen, selbst wenn sie für die vorgetragenen Themen zuständig ist.
So wurde die Bürgerinitiative für einen Atomausstieg von der EU-Kommissioin abgelehnt. Diese ist zwar seit der Vertragsfusion (Kapitel a.3)) auch für EURATOM zuständig, sie genehmigt Subventionen für Atomkraftwerke[28], aber eine Bürgerinitiative gegen EU-Primärgesetze ist nicht erlaubt (oder erwünscht ?).[29]
Man stelle sich vor, in Österreich gäbe es ein Verbot, Volksbefragungen zu Verfassungsthemen einzubringen ? Wären wir dann noch eine richtige Demokratie ?

Kein Wunder, daß sich viele BürgerInnen von der EU nicht vertreten fühlen. So lag die Wahlbeteiligung in der Slowakei bei der EU-Parlamentswahl 2014 nur bei 13 %.[30] Nur knapp höher, als bei den letzten Kurienwahlen in der Donaumonarchie wahlberechtigt waren (~ 10%).[31]
Da paßt es, daß manche Medien die geringe slowakische Wahlbeteiligung als Ausdruck der Zufriedenheit interpretieren.[32]

---

21 *[in ATTAC_FISKALPAKT]*
22 *[in WIKI_SIXPACK]*
23 *[in WIKI_EU_SEMESTER]*
24 *[in WIKI_EU_SEMESTER]*
25 *[in HEISE_GRIECHENLAND; ORF_GRIECHENLAND]*
26 *[in HEISE_WIRTSCH_UNION]*
27 *[in WIKI_BUERGERINITIATIVE]*
28 *[in SUBVENTION_ATOMKRAFTWERK]*
29 *[in GLOBAL2000_REJECT]*
30 *[in N24_EU_SLOWAKEI]*
31 *Bei ~ 51 Millionen BewohnerInnen, waren zuletzt 5,7 Millionen wahlberechtigt. [in WIKI_DONAUMONARCHIE; WIRTSCHAFTSMUSEUM_PARLAMENT, S. 4]*
32 *[in STANDARD_EU_SLOWAKEI]*

Alles in allem entsteht der Eindruck, die aktuelle EU-Konstruktion ist ein Projekt der Oberschicht, der Konzerne und des Finanzsektors.

Zusätzlich mögliche Fragen:

- *Wirtschaftskrise oder Krise der EU-Institutionen ? (oder beides ?)*
- *Braucht es eine neue Ausgestaltung des institutionenellen Rahmens der EU ? (oder gar einer völligen Neugestaltung ?)*
- *Welche Schlüsselrolle soll das EU-Parlament einnehmen ? Kann es diese demokratische Funktion in der aktuellen Besetzung wahrnehmen ?*
- *Wo bleibt die wirtschaftspolitische Beteiligung der jeweiligen staatlichen Parlamente ?*
- *Warum gab es in der Slowakei nur 13% Wahlbeteiligung bei der EU-Wahl ? (fast wie in Zeiten des Kurienwahlrechts, als nur Adlige, Kirche und Reiche wählen durften)*
    - *Fühlte sich ein Großteil der Bevölkerung von den EU-Parlamentarieren und den EU-Institution nicht mehr vertreten ?*

b) Problem der Linken: Falsch verstandene Internationalität - so ist eine konstruktive EU-Kritik nicht möglich

Kommen wir zu einem anderen zugehörigen Thema. Sinnvolle und konstruktive Kritik kann nur geübt werden, wenn man selber nicht auf einem Auge blind ist, oder alles durch die rosarote Brille sieht. Von Scheuklappen und dem Brett vorm Kopf will ich da gar nicht mehr reden.

Die Linken (in ganz Europa) haben zu lange die Augen vor der realen Struktur der EU verschlossen, einerseits mit der Ausrede, es sei ein Friedensprojekt zur Überwindung nationaler Engstirnigkeit, andererseits um sich bewußt von den nationalen/faschistischen Kräften abzugrenzen.

Die konservativen Kräfte hatten nicht so eine Scheu, die EU einerseits als Friedensprojekt zu propagieren und andererseits in einen neoliberalen Wirtschaftsraum zu verwandeln.

Denn viele Linken haben eine große Schwäche: Für sie sind alle mulitnationalen Organisationen „per se“ gut, alle einzelstaatlichen Initiativen „schlechter“. Das hat mit der Realität nichts gemein. Es gibt multinationale Organisationen wie G7, NATO, OECD, IWF die in den letzten Jahrzehnten ihre Interessen gewahrt und ausgehandelt haben.

- Gerade bei den Aktionen der NATO-Staaten werden Lybier, Iraker, Afgahnen, Syrer sagen, das hätte man auch anders machen können.
- Oder man denke nur an die neoliberale Organisation OECD mit ihren wirtschaftlichen Vorschlägen ? Obwohl in letzter Zeit haben deren Ökonomen etwas Angst vor den Geistern bekommen, die sie gerufen haben und rudern in einigen Bereichen zurück (z.B.: Vermögenssteuer, Einkommensungleichheit) ohne allerdings die Ursachen direkt anzugehen.
- Und die Spur der öknomischen Verwüstung die der IWF bei seiner Tätigkeit bisher hinterlassen hat ?
- Aber auch die Assozierungsverträge der EU dienen nicht gerade zur Stärkung der schwächeren Wirtschaft, sondern gleichen Kapitulationsabkommen.

Natürlich sind Organisationen wie UNO, OSZE, Europarat positiver zu sehen. Denn hier regiert nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Wort und die gegenseitige Verhandlung. Hier reden die Mitglieder alle auf gleicher Ebene miteinander. (Aber das ist ja nicht „effizient“.)

Wie viele grün engagierte Menschen aus den 70-90er Jahren erfahren haben, ist nicht jede einzelstaatliche Lösung schlecht. Im Gegenteil, viele ökologische Maßnahmen waren nur so umsetzbar, da sie in internationalen Gremien verdiskutiert wurden. (In wessen Interesse lag das wohl ?).
Viele ökologische Maßnahmen (Luft- & Gewässerreinhaltung, Energieffizienz, alternative Energien, ...) wurden zuerst in einem Staat verwirklicht. Als der Erfolg der Maßnahmen sichtbar war, sind andere Staaten gefolgt.

In diesem Zusammenhang haben die griechischen Verhandlungen mit der EURO-Gruppe Ende Juni 2015 aufgezeigt, worum es den Mächtigen in der EU wirklich geht: Profit und Schuldnerauspressung.[33]

Mögliche Fragen:

- *Sind multinationale Organisationen „per se“ gut ?*
- *Sind einzelstaatliche Lösungen immer schlecht ?*
- *Woran erkennt man „gute“ multinationale Organisationen ? Für wen sollen diese „gut“ sein ?*
- *Gibt es nur schwarz und weiß, multinational und einzelstaatlich oder gibt es auch Graustufen ?*

33 *So lehnte die EURO-Gruppe z.B.: die Einführung einer Vermögenssteuer für jene Firmen ab, die mehr als 500.000,. EUR Gewinn im Jahr machten, bestanden aber auf Verschlechterungen für die Pensionisten [in GRIECHENLAND_KORRIGIERTER_ENTWURF, S. 3]*

Literaturliste

Bücher

BEER, Elisabeth/GREIF, Wolfgang/HINTEREGGER, Karin/LETZ, Sabine/OBERNDORFER, Lukas/STROHMEIER, Marcus/TEMPL, Norbert/WEDL, Valentin; Die Europäische Union; VOEGB; Wien 2014; [weiterhin VOEGB_EU]

Weblinks

http://de.atomkraftwerkeplag.wikia.com/wiki/EURATOM – 10.9.2015; [weiterhin ATOMKRAFTPLAG_EURATOM]

http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament - 20.10.2014; [weiterhin WIKI_EP]

http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus – 21.9.2014; [weiterhin WIKI_NEOLIBERALISMUS]

http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtsetzung_der_Europ%C3%A4ischen_Union - 20.10.2014; [weiterhin WIKI_RECHTSETZUNG_EU]

http://derstandard.at/2000001400473/EU-Wahl-in-der-Slowakei-Wo-Zufriedenheit-Waehler-zuhause-bleiben – 22.5.2014; [weiterhin STANDARD_EU_SLOWAKEI]

http://science.orf.at/stories/1760173 – 14.7.2015; [weiterhin ORF_GRIECHENLAND]

http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2012/04/24/10-fragen-10-antworten-zum-fiskalpakt.html – 10.9.2015; [weiterhin ATTAC_FISKALPAKT]

http://www.citizens-initiative.eu/global-2000-commission-provisionally-rejects-eci-my-vote-against-nuclear-power/ - 13.9.2015; [weiterhin GLOBAL2000_REJECT]

http://www.europaeische-wirtschaftsgemeinschaft.de/seite-6.html – 10.9.2015; [weiterhin EWG_VERTRAG]

http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/modul_01/Zusatzthemen/Pdf/Strukturwandel.pdf – 10.9.2015; [weiterhin EU_STRUKTURWANDEL]

http://www.handelsblatt.com/politik/international/kommissionsentscheidung-eu-beihilfen-fuer-britisches-atomkraftwerk/10809966.html – 8.10.2014; [weiterhin SUBVENTION_ATOMKRAFTWERK]

http://www.heise.de/tp/artikel/45/45243/1.html – 22.6.2015; [weiterhin HEISE_WIRTSCH_UNION]

http://www.heise.de/tp/news/Bizarre-Dialoge-in-Bruessel-um-die-Griechenlandfrage-2729697.html – 26.6.2015; [weiterhin HEISE_GRIECHENLAND]

http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/4803930/slowakei-vor-traurigem-minusrekord.html – 25.5.2014; [weiterhin N24_EU_SLOWAKEI]

http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServerpagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1410170959170 - 3.10.2014; [weiterhin OEGB_EP_EXPERTEN]

http://www.skai.gr/files/1/aalex7/5pagedoc2462015.pdf – 10.9.2015; [weiterhin GRIECHENLAND_KORRIGIERTER_ENTWURF]

http://www.wirtschaftsmuseum.at/media/publikationen/wanderausstellungen/Parlament.pdf – 12.9.2015; [weiterhin WIRTSCHAFTSMUSEUM_PARLAMENT]

https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich-Ungarn – 12.9.2015; [weiterhin WIKI_DONAUMONARCHIE]

https://de.wikipedia.org/wiki/EG-Fusionsvertrag – 8.9.2015; [weiterhin WIKI_EG_FUSIONSVERTRAG]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Atomgemeinschaft – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_EURATOM]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_B%C3%BCrgerinitiative – 13.9.2015; [weiterhin WIKI_BUERGERINITIATIVE]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaft_f%C3%BCr_Kohle_und_Stahl -10.9.2015; [weiterhin WIKI_MONTANUNION]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Wirtschafts-_und_W%C3%A4hrungsunion – 12.9.2015; [weiterhin WIKI_WAEHRUNGSUNION]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Wirtschaftsgemeinschaft – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_EWG]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Semester – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_EU_SEMESTER]

https://de.wikipedia.org/wiki/European_Round_Table – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_ERT]

https://de.wikipedia.org/wiki/K.u.k._gemeinsame_Ministerien – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_KUK_MINISTERIEN]

https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6mische_Vertr%C3%A4ge – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_ROEMISCHE_VERTRAEGE]

https://de.wikipedia.org/wiki/Sixpack_%28EU%29 – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_SIXPACK]

https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon – 12.9.2015; [weiterhin WIKI_VERTRAG_LISSABON]

https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Maastricht – 11.9.2015; [weiterhin WIKI_MAASTRICHT]

https://en.wikipedia.org/wiki/European_Coal_and_Steel_Community – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_MONTANUNION_EN]